

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Dirk Niebel, Birgit Homburger,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/65 –**

Abbau von Bürokratie sofort einleiten

A. Problem

Ein umgehender Bürokratie- und Kontrollabbau soll insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen neuen Handlungsspielraum verschaffen. Dies soll im Wesentlichen über ein Bürokratieabbaugesetz noch vor der Sommerpause 2003 in die Wege geleitet werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/65 – abzulehnen.

Berlin, den 6. Juni 2003

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend
Vorsitzender

Fritz Kuhn
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Fritz Kuhn

I. Überweisung, Voten der mitberatenden Ausschüsse und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der Antrag auf Drucksache 15/65 wurde in der 26. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Februar 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Der **Innen-**, der **Rechts-** und der **Finanzausschuss** sowie der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der **Haushaltsausschuss** und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben dieselbe Empfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgegeben.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 4. Juni 2003 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags auf Drucksache 15/65

In dem Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/65 wird ein umfangreicher Bürokratieabbau gefordert. Dazu

soll die Bundesregierung bis zum Sommer eine Studie zur Höhe der gegenwärtigen Bürokratiekosten vorlegen. Ferner sollen bis zu diesem Zeitpunkt detaillierte Pläne mit Vorschlägen zum Abbau von Bürokratie unter besonderer Berücksichtigung der Länderebene und hier vor allem der neuen Länder sowie separat des Bau- und Wohnungswesens erarbeitet werden. Schließlich soll die Bundesregierung bis zur Sommerpause einen Entwurf für ein Bürokratieabbau-gesetz vorlegen. Der Antrag erläutert in einem 27-Punkte-Katalog, welche Komponenten dieser Gesetzentwurf enthalten sollte.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 15/65 verwiesen.

III. Ausschussberatungen

Die Mitglieder der **Fraktion der FDP** betonten, ihr Antrag beinhalte 27 sehr konkrete Vorschläge, wie man Bürokratie abbauen und dadurch den Privaten und der Öffentlichen Hand viel Geld sparen könne.

Nach Auffassung der Mitglieder der **Fraktion der CDU/CSU** enthält der Antrag der Fraktion der FDP eine Vielzahl zielführender Vorschläge. Einigen wenigen Forderungen könne sich die Fraktion der CDU/CSU jedoch nicht anschließen, weshalb sie dem Antrag insgesamt nicht zustimmen könne.

Nach Einschätzung der Mitglieder der **Fraktion der SPD** hätten sich einige Forderungen des Antrags bereits wegen Zeitablauf überholt. Auch seien die Entlastungseffekte einiger Forderungen sehr zweifelhaft. Im Übrigen habe die Bundesregierung im Februar 2003 ein Sofortprogramm in Sachen Bürokratieabbau vorgelegt, das sich bereits in der Umsetzung befinde.

Berlin, den 6. Juni 2003

Fritz Kuhn
Berichtersteller

